



An den
Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/5202

A05

für die Mitglieder
des Hauptausschusses

28. Mai 2021

77. Sitzung des Hauptausschusses am 2. Juni 2021

Schriftlicher Bericht der Landesregierung zu TOP 6: Bericht zum aktuellen Sachstand zur Verleihung von Körperschaftsrechten an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sowie zum Anerkennungsverfahren muslimischer Verbände

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Hauptausschusses übersende ich den schriftlichen Bericht zu TOP 6 der 77. Sitzung am 2. Juni 2021.

Die Übermittlung erfolgt über die Datenaustauschplattform.

Mit freundlichen Grüßen


Nathanael Liminski

77. Sitzung des Hauptausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 2. Juni 2021

Schriftlicher Bericht zu TOP 6:

Bericht zum aktuellen Sachstand zur Verleihung von
Körperschaftsrechten an Religions- und Weltanschauungs-
gemeinschaften sowie zum Anerkennungsverfahren
muslimischer Verbände

Die Fraktion der SPD hat um einen schriftlichen Bericht zum aktuellen Sachstand zur Verleihung von Körperschaftsrechten an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sowie zum Anerkennungsverfahren muslimischer Verbände gebeten. Anknüpfend an meinen mündlichen Bericht in der 27. Sitzung des Hauptausschusses am 14. März 2019 stellt sich der aktuelle Sachstand wie folgt dar:

1.

Aktueller Sachstand zur Verleihung von Körperschaftsrechten an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Die Verleihung von Körperschaftsrechten an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ist Ländersache.

Ihre Rechtsgrundlage bilden auf der Ebene des Verfassungsrechts Art. 140 GG in Verbindung mit Art. 137 Abs. 5 Satz 2 der Weimarer Reichsverfassung (WRV) und einfachgesetzlich in Nordrhein-Westfalen seit 2014 das Körperschaftsstatusgesetz NRW.

Die Verfassung verlangt nach dem Wortlaut von Art. 137 Abs. 5 Satz 2 WRV als Voraussetzung einer Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts, dass die antragstellende Gemeinschaft „durch ihre Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bietet“. Hinzu kommen als ungeschriebene, verfassungsimmanente Voraussetzungen das Gebot der Rechts- und Verfassungstreue und ein Mindestmaß an Organisationsstruktur.

Näher konkretisiert werden diese Voraussetzungen in § 1 des Körperschaftsstatusgesetzes NRW. Eine ausführliche Erläuterung dazu findet sich in dem „Leitfaden für die Verleihung der Körperschaftsrechte an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften vom 16. Februar 2017“, den die Konferenz der Chefin und Chefs der Staats- und Senatskanzleien als rechtliche Grundlage künftiger Anerkennungsverfahren durch die Länder zur Kenntnis genommen hat. Er ist von der Staatskanzlei im März 2017 im Ministerialblatt und auf dem Internet-Rechtsportal des Ministeriums des Innern (www.recht.nrw.de) bekanntgemacht worden.

Das Ministerium der Justiz veröffentlicht regelmäßig im Wege der Rundverfügung eine Übersicht der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, denen in Nordrhein-Westfalen Körperschaftsrechte verliehen worden sind. Sie ist im Internet unter www.jvv.nrw.de abrufbar, datiert derzeit vom 27. April 2021 und ist diesem Bericht als Anlage beigefügt. Seitdem ist eine weitere Verleihung erfolgt: an die Freie evangelische Gemeinde Bonn mit Verwaltungsakt vom 17. Mai 2021. Die Bekanntmachung im Ministerialblatt steht noch aus.

Die aktuell in Nordrhein-Westfalen in Bearbeitung befindlichen Anträge auf Verleihung der Körperschaftsrechte ergeben sich in Fortschreibung der dem Hauptausschuss zuvor übermittelten Darstellungen aus der nachfolgenden Übersicht:

Antragsteller/in	Erst- / Zweitverleihung	Verfahrensstand
Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland	Zweitverleihung	Hier ist ein religionswissenschaftliches Gutachten in Auftrag gegeben worden.
Antiochenisch-Orthodoxe Metropole von Deutschland und Mitteleuropa	Erstverleihung	Das Verfahren steht kurz vor dem Abschluss. Es steht noch eine letzte Unterlage seitens der Antragstellerin aus.
Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden, Ortsgemeinde Herford	Erstverleihung (Ortsgemeinde)	Dieser weitere Antrag für eine Ortsgemeinde ist gerade erst eingegangen.
Koptisch-Orthodoxe Kirche von Norddeutschland	Erstverleihung	Die Antragstellerin hat ihre internen Strukturen inzwischen neu geordnet und will für den neu verfassten Verband einen neuen Antrag stellen.
Maktab Tarighat Oveyssi (MTO) Shahmaghsoudi - School of Islamic Sufism	Erstverleihung	In Umsetzung des religionswissenschaftlichen Gutachtens hat der Antragsteller seine Mitgliedschaftsstruktur verändert und seine Mitgliederzahl deutlich vergrößert. Es stehen allerdings noch Unterlagen aus. Auch hier dürfte das Verfahren aber kurz vor dem Abschluss stehen.
Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ)	Erstverleihung	Der sehr umfangreiche Antrag des Bundesverbandes ist zum Jahreswechsel 2020/2021 eingegangen und konnte bislang noch nicht eingehend geprüft werden.

2.

Aktueller Sachstand der Anerkennungsverfahren muslimischer Verbände

Das Anerkennungsverfahren (sog. Statusprozess) betrifft die Anerkennung muslimischer Verbände als Religionsgemeinschaften im Zusammenhang mit dem Angebot islamischen Religionsunterrichts.

Religionsgemeinschaften im Sinne von Art. 7 Absatz 3 GG haben Anspruch auf Einrichtung eines Religionsunterrichts nach ihren Glaubenssätzen als ordentliches Lehrfach. Einer förmlichen Anerkennung als solche Religionsgemeinschaft bedarf es hierfür aber nicht, sie findet daher auch in keinem Bundesland statt. Ebenso wenig ist die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts Voraussetzung des Anspruchs auf Religionsunterricht.

In Nordrhein-Westfalen wird bekanntlich seit dem Schuljahr 2012/13 islamischer Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach angeboten. Er wird an staatlichen Schulen von staatlichen Lehrerinnen und Lehrern in deutscher Sprache erteilt.

Rechtsgrundlage war zunächst die 2011 vom Landtag beschlossene Übergangsvorschrift des § 132a des Schulgesetzes. Ein Beirat, der paritätisch mit vier Vertretern

islamischer Verbände, nämlich der Landesverbände der Ditib, des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD), des Islamrats (IR) und des Verbands der Islamischen Kulturzentren (VIKZ), sowie vier vom Schulministerium benannten islamischen Persönlichkeiten besetzt war, nahm die eigentlich einer Religionsgemeinschaft obliegende Aufgabe der Erteilung einer Lehrberechtigung und der Billigung der Lehrmaterialien wahr. Die 2018 vom Ministerium für Schule und Bildung veranlasste Evaluierung hat belegt, dass der Islamische Religionsunterricht in den Augen der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern ein Erfolgsmodell ist (vgl. Bericht vom 29. August 2018, LT-Vorlage 17/1035). Nicht zuletzt ist er auch ein wichtiges Element der Integration. Mit breiter Mehrheit hat daher der Landtag die Fortsetzung des Islamischen Religionsunterrichts beschlossen und zugleich auf eine geänderte Basis gestellt. Der geänderte § 132a des Schulgesetzes hat an die Stelle des Beirats eine Kommission gesetzt, die nun nur noch mit Verbandsvertretern besetzt ist. Der Kommission gehören Vertreter der Landesverbände Nordrhein-Westfalen des Islamrats (Islamischen Religionsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen, IRG NRW), des Verbands der Islamischen Kulturzentren (VIKZ), des Bündnisses Marokkanische Gemeinde (BMG), der Islamischen Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland (IGBD), der Union der Islamisch-Albanischen Zentren in Deutschland (UIAZD) und – nach wesentlichen Satzungsänderungen, die die Unabhängigkeit vom türkischen Staat bei der Zusammenarbeit in der Kommission sicherstellen – auch wieder der nordrhein-westfälische Landesverband der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB).

Parallel zu der beschriebenen Entwicklung beim Islamischen Religionsunterricht wurde im Jahr 2013 der sog. Statusprozess begonnen, an dem die seinerzeit im damaligen Beirat vertretenen vier Verbände DITIB, IRG NRW, VIKZ und ZMD beteiligt sind.

Aufgabe des Statusprozesses ist es, in einem gemeinsamen Arbeitsverfahren die aus Art. 7 Absatz 3 GG folgenden Anforderungen an Religionsgemeinschaften festzustellen und ihre Erfüllung durch diese vier Verbände zu prüfen bzw. Hilfestellungen zur Erfüllung zu geben. Wesentlicher Bestandteil des gemeinsam festgelegten Prozesses sind eine rechtswissenschaftliche und eine religionswissenschaftliche Begutachtung der vier Verbände. Das rechtswissenschaftliche Gutachten hat zunächst in einer vorläufigen Fassung die Voraussetzungen des Art. 7 Absatz 3 GG in eher abstrakter Weise erarbeitet und dabei aufgezeigt, welche religionswissenschaftlichen Erkenntnisse noch zu einer abschließenden rechtlichen Beurteilung benötigt werden. Dieses vorläufige Gutachten liegt seit 2015 den Beteiligten vor. Darauf aufbauend ist das religionswissenschaftliche Gutachten begonnen und aufgrund der Ereignisse in der Türkei 2016 nachträglich im Untersuchungsauftrag nochmals erweitert worden. Dieses sehr umfangreiche Gutachten liegt der Landesregierung zwischenzeitlich vor, seine Auswertung hat sich jedoch insbesondere durch die massive Aufgabenausweitung in der Corona-Pandemie verzögert, steht nun aber unmittelbar vor dem Abschluss. Das religionswissenschaftliche Gutachten wird den Beteiligten des Statusprozesses dann ebenfalls zur Verfügung gestellt. Anschließend wird der rechtswissenschaftliche Gut-

achter unter Verwendung der tatsächlichen Feststellungen des religionswissenschaftlichen Gutachtens eine Endfassung seines Gutachtens erstellen, welche sich dann konkret zu der Frage der Erfüllung der Anforderungen des Art. 7 Absatz 3 GG durch die vier Verbände verhalten wird.

Religionsgemeinschaften, die die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts besitzen

**RV d. JM vom 8. Juni 2017 (6002 - I. 1)
in der Fassung vom 27. April 2021**

I.

Nachstehend gebe ich das Verzeichnis der Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen bekannt, die in Nordrhein-Westfalen die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts besitzen:

1.

Die (Erz)-Diözesen der Römisch-Katholischen Kirche, ihre Kirchengemeinden und Kirchenverbände.

2.

**Die Evangelische Kirche im Rheinland,
die Evangelische Kirche von Westfalen
und die Lippische Landeskirche,
ihre Kirchengemeinden, Kirchenkreise und Verbände.**

3.

Das Katholische Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland,
Sitz in Bonn,
in Auswirkung des Gesetzes betreffend die Rechte der altkatholischen Kirchengemeinschaften an dem kirchlichen Vermögen vom 04.07.1875 (GS. S. 333).

4.

Der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland
(früher Bund der Baptistengemeinden in Deutschland),
Sitz in Homburg v.d.Höhe,
verliehen durch Beschluss des Preuß. Staatsministeriums vom 18.08.1930 (ZBIUV. S. 307).

5.

Die Russisch-Orthodoxe Diözese des Orthodoxen-Bischofs von Berlin und Deutschland,
Sitz in München,
verliehen durch Beschluss des Preuß. Staatsministeriums vom 14.03.1936 (RMBIIV. S. 673).

6.

Die Jüdischen Kultusgemeinden (Synagogengemeinden),

auf Grund des Gesetzes über die jüdischen Kultusgemeinden im Land Nordrhein-Westfalen vom 18.12.1951 (GS. NW. S. 424), verliehen durch die im RdErl. KM vom 02.07.1953 (SMBl. NW. Gl. Nr. 222) genannten Erlasse. Das Gesetz über die jüdischen Kultusgemeinden im Land Nordrhein-Westfalen vom 18.12.1951 (GS NW. S. 424) ist durch Artikel 2 des Gesetzes zur Regelung der Verleihung von Körperschaftsrechten an Religionsgemeinschaften (Körperschaftsstatusgesetz) vom 16. September 2014 (GV. NRW. 2014 S. 604) aufgehoben worden; durch die Aufhebung werden die erworbenen Rechte nicht berührt.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat folgenden jüdischen Gemeinden die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts verliehen:

- **Jüdische Gemeinde Aachen**
- **Jüdische Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen**
- **Jüdische Gemeinde Duisburg-Mülheim-Oberhausen**
- **Jüdische Gemeinde Düsseldorf**
- **Jüdische Gemeinde Gelsenkirchen**
- **Jüdische Gemeinde Hagen**
- **Jüdische Gemeinde Herford-Detmold**
- **Jüdische Gemeinde Krefeld**
- **Jüdische Gemeinde Mönchengladbach**
- **Jüdische Gemeinde Münster**
- **Jüdische Kultusgemeinde Bielefeld „Beit Tikwa“**
- **Jüdische Kultus-Gemeinde Essen**
- **Jüdische Kultusgemeinde Groß-Dortmund**
- **Jüdische Kultusgemeinde Kreis Recklinghausen**
- **Jüdische Kultusgemeinde Minden und Umgebung**
- **Jüdische Kultusgemeinde Paderborn**
- **Jüdische Kultusgemeinde Wuppertal**
- **Synagogengemeinde Bonn**
- **Synagogen-Gemeinde Köln.**

**Die Landesverbände der Jüdischen Gemeinden
von Nordrhein,**

Sitz in Düsseldorf,

Bekanntmachung des KM vom 15.11.1956 (ABl. KM. NW. S. 164),

und Westfalen-Lippe,

Sitz in Dortmund,

auf Grund des Art. 140 GG i.V. mit Art. 137 Abs. 5 S. 3 WRV, Bekanntmachung des KM vom 06.06.1956 (ABl. KM. NW. S. 99),

Der Zentralrat der Juden in Deutschland,

Sitz in Düsseldorf,

auf Grund des Art. 140 GG i.V. mit Art. 137 Abs. 5 S. 3 WRV, Bekanntmachung des KM vom 27.02.1963 (ABl. KM. NW. S. 39/MBI. NW. S. 287).

7.

Neuapostolische Kirche Westdeutschland,

Sitz in Dortmund

(Die ehemalige Neuapostolische Kirche Nordrhein-Westfalen, der die Rechte einer Körperschaft verliehen wurden durch Gesetz vom 24.04.1951 (GS. NW. S. 424), und die Neuapostolische Kirche Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland K. d. ö. R. haben zum 1. Januar 2018 ihren Zusammenschluss zur Neuapostolischen Kirche Westdeutschland K. d. ö. R. mit Sitz in Dortmund beschlossen. Der Name wurde in Neuapostolische Kirche Westdeutschland K. d. ö. R. geändert (Veröffentlichung vom 17.01.2018 (GV. NRW. S. 188).)

8.

Der Bund Freier evangelischer Gemeinden in Deutschland,

Sitz in Witten (Ruhr),

verliehen durch Gesetz vom 15.05.1956 (GS. NW. S. 424).

9.

Der Humanistischer Verband Nordrhein-Westfalen Körperschaft des öffentlichen Rechts,

Sitz in Dortmund,

verliehen durch Gesetz vom 15.05.1956 (GS. NW. S. 424).

(früher: Freireligiöse Landesgemeinde Nordrhein-Westfalen, Namensänderung durch Beschluss vom 27.04.1996).

10.

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Nordrhein-Westfalen,

Sitz in Düsseldorf,

verliehen durch Gesetz vom 28.05.1957 (GV. NW. S. 116).

(früher: Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten, Namensänderung durch Beschluss vom 06.05.2007).

11.

Die Mennonitengemeinde zu Krefeld,

Sitz in Krefeld,

verliehen durch Gesetz vom 04.12.1962 (GV. NW. S. 603).

12.

Die Heilsarmee in Deutschland,

Sitz in Köln,

verliehen durch Gesetz vom 10.10.1967 (GV. NW. 1967 S. 180).

13.

Kirchenbezirke und Kirchengemeinden der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Nordrhein-Westfalen,

verliehen durch Gesetz vom 29.10.1974 (GV. NW. S. 1062):

- **Selbständig Evangelisch-Lutherische Kirche Kirchenbezirk Rheinland-Westfalen (bis zur Fusionierung zum 1. Januar 2016: Kirchenbezirk Rheinland und Kirchenbezirk Westfalen der Selbständig Evangelisch-Lutherischen Kirche)**
- **Evangelisch-Lutherische Kreuz-Gemeinde Bochum**
- **Evangelisch-Lutherische (altlutherische) Gemeinde Borghorst-Münster-Gronau**
- **Evangelisch-Lutherische (altlutherische) Trinitaskirchengemeinde Dortmund**
- **Evangelisch-Lutherische (altlutherische) Auferstehungs-Kirchengemeinde Duisburg**
- **Evangelisch-Lutherische (altlutherische) Gemeinde Hagen-Lüdenscheid-Iserlohn**
- **Evangelisch-Lutherische (altlutherische) St. Christophorus-Gemeinde in Siegen**

Darüber hinaus sind noch folgende Gemeinden der Selbständig Evangelisch-Lutherischen Kirche anerkannt (Art. 140 GG i.V.m. Art. 137 Abs. 5 Satz 1 WRV):

- **Evangelisch-Lutherische Epiphantias Gemeinde Bochum**
- **Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde Witten**
- **Evangelisch-Lutherische Gemeinde St. Petri in Wuppertal-Elberfeld**

14.

Griechisch-Orthodoxe Metropole von Deutschland,

Sitz in Bonn,

verliehen durch Gesetz vom 29.10.1974 (GV. NW. S. 1062).

15.

Die Christengemeinschaft in Westdeutschland – Bewegung für religiöse Erneuerung,

Sitz in Wuppertal,

verliehen durch Gesetz vom 17.12.1975 (GV. NW. S. 703).

(früher: Die Christengemeinschaft in Nordrhein-Westfalen mit Sitz in Essen, Namensänderung durch Beschluss vom 28.09.1991, Sitzverlegung durch Beschluss vom 08.04.2013).

16.

Evangelisch-methodistische Kirche in Norddeutschland,

Sitz in Hannover,

verliehen durch Gesetz vom 17.12.1975 (GV. NW. S. 704).

(früher: Evangelisch-methodistische Kirche in Nordwestdeutschland, Namensänderung durch Beschluss vom 26.04.1992).

17.

Die Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde (Baptistengemeinde)

Bochum-Immanuelskirche und Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Gelsenkirchen-Erlöserkirche

verliehen durch Gesetz vom 17.12.1975 (GV. NW. S. 704).

18.

Der Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden

verliehen durch Gesetz vom 10.03.1987 (GV. NW S. 136).

19.

Die Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde (Baptistengemeinde)

Wetter-Grundschtötel,

verliehen durch Gesetz vom 24.04.1990 (GV. NW. S. 271).

20.

Die Herrnhuter Brüdergemeinde in Nordrhein-Westfalen

Sitz in Düsseldorf,

verliehen durch Gesetz vom 03.05.1994 (GV. NW. S. 220).

21.

Die Niederländisch-Reformierte Gemeinde zu Wuppertal

verliehen durch Gesetz vom 16. November 2004 (GV. NRW. S. 685).

22.

Die Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Derschlag

verliehen durch Gesetz vom 16. November 2004 (GV. NRW. S. 685).

23.

Die Rumänisch Orthodoxe Metropole für Deutschland, Zentral- und Nordeuropa

Sitz in Nürnberg,

im Wege der Zweitverleihung verliehen durch Verordnung vom 3. März 2015 (GV. NRW. 2015 S. 247).

24.

Union progressiver Juden in Deutschland

Sitz in Bielefeld,

verliehen durch Verordnung vom 29. September 2015 (GV. NRW. 2015 S. 683).

25.

Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage in Deutschland

Sitz in Frankfurt

im Wege der Zweitverleihung verliehen durch Verordnung vom 8. Dezember 2015 (GV. NRW. 2015 S. 838).

26.

Jehovas Zeugen in Deutschland

Sitz in Berlin,

im Wege der Zweitverleihung verliehen durch Verordnung vom 21. Januar 2017 (GV. NRW. S. 220).

27.

Hinduistische Gemeinde in Deutschland,

Sitz in Hamm-Uentrop,

verliehen durch Verordnung vom 14. Februar 2017 (GV. NRW. S. 287).

(früher: Hindu Shankarar Sri Kamadchi Ampal Tempel, Namensänderung rückwirkend zum 1. März 2017 beschlossen (GV. NRW. 2018 S. 48)).

28.

Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Essen-Altendorf

verliehen durch Verwaltungsakt vom 7. April 2017 (MBI. NRW. S. 339).

29.

Erzdiözese der Syrisch-Orthodoxen Kirche von Antiochien in Deutschland,

Sitz in Warburg,

verliehen durch Verordnung vom 27. Februar 2018 (GV. NRW. S. 147).

30.

Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche,

Sitz in Hannover,

im Wege der Zweitverleihung verliehen durch Verordnung vom 27. Februar 2018 (GV. NRW. S. 148).

31.

Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Remscheid (Friedenskirche Remscheid),

verliehen durch Verwaltungsakt vom 15. Juni 2018 (MBI. NRW. S. 369).

32.

Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Siegen-Weststraße,

verliehen durch Verwaltungsakt vom 21. Juni 2019 (MBI. NRW. S. 246).

33.

Evangelische Gesellschaft für Deutschland,

Sitz in Radevormwald,

verliehen durch Verordnung vom 8. Oktober 2019 (GV. NRW. S. 794).

34.

Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Christuskirche Dortmund,

verliehen durch Verwaltungsakt vom 26. Oktober 2020 (MBI. NRW. S. 658).

35.

Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Köln-Mülheim,

verliehen durch Verwaltungsakt vom 26. Oktober 2020 (MBI. NRW. S. 658).

36.

Alevitische Gemeinde Deutschland,

Sitz in Köln,

verliehen durch Verordnung vom 11. Dezember 2020 (GV. NRW. S. 1150).

II.

Die RV vom 4. Juli 1990 (6002 - I B. I) in der Fassung vom 10. Juli 2015 wird aufgehoben.